Zweites Blatt

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

№ 40 Donnerstag, den 3 April 1930 43. Jahrgang

Ein Kapitel deutscher Not.

Von

Dr. Reinhold Weigel, Regierungsdirektor, Oppeln.

Charakteristisch für die Fehler von Versailles ist gerade das Schicksal des Hultschiner Ländchens, das von sachkundiger Seite hier dargestellt wird. Die Schriftleitung.

Nach der Abtrennung hofften die Hultschiner auf Grund der zahlreichen Versprechungen und Kundgebungen der tschechischen Regierungsorgane, die Tschechoslowakei werde den mit den Ententehauptmächten geschlossenen Minoritätenvertrag vom 10. September 1919 zur Anwendung bringen und das okkupierte Gebiet nach den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit verwalten. Die Hoffnungen auf die gemachten Versprechungen wurden arg getäuscht. Die von den tschechischen Verwaltungsorganen in schärfster Form betriebene „Rücknationalisierung“ verursachte in der ersten Zeit große Erregung in der gesamten Bevölkerung, die bis zum heutigen Tage ihre treudeutsche Gesinnung nie verleugnet hat. In wirtschaftlicher Hinsicht wirkte die Abtrennung geradezu verhängnisvoll. Die tschechoslowakischen Behörden kümmerten sich nicht darum, den Hultschiner Landwirten, die ihre Produkte ausschließlich in die oberschlesischen Industriegemeinden gesandt hatten, neue Absatzmärkte zu erschließen. Die Steuerschraube wurde in empfindlicher Weise angezogen. Die Einbringung von Steuerkursen wurde den Landwirten nach Beseitigung der deutschen Amtssprache fast unmöglich gemacht.

Auch die Bodenzuleitungsreform wurde in den Dienst der Tschechisierungsbestrebungen gestellt. Der Großgrundbesitz wurde durch die politische Grenzziehung zerrissen. Besonders geschädigt wurden die Berg- und Bauarbeiter, die bisher im oberschlesischen Industriegebiet gearbeitet hatten und nun durch die Abtretung des Ländchens ihrer Arbeitsstelle verlustig gingen. Der Handel verlor seine Beziehungen zu deutschen Firmen und fand nicht schnell genug neue Absatz- und Bezugsgebiete. Die Spar- und Darlehnskassen fanden infolge der überstürzten Abtretung nicht mehr die Zeit, das in den Provinzialkassen angelegte Geld rechtzeitig abzuheben und in der Währung des neuen Staates anzulegen. Heute kann man von einem frisch pulsierenden Wirtschaftsleben im Vergleich zum Friedensstande nicht sprechen.

Die Hultschiner Bevölkerung ist als leidtragender Teil der wirtschaftlichen Verelendung preisgegeben. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde nach der Abtretung politisiert. Wer sich nur in der geringsten Weise für die Erhaltung der deutschen Kulturgüter einsetzte, erlitt wirtschaftlich schweren Schaden. Bis in die letzte Zeit hinein hat die Tschechoslowakei den Hultschinern alle staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten, und den im Jahre 1920 über den Bezirk Hultschin verhängten politischen Ausnahmezustand auch heute noch nicht aufgehoben. Sämtliche selbstgewählten Gemeindevertretungen wurden ohne jegliche Befragung der Bevölkerung aufgelöst. Die Versammlungsfreiheit wurde unterbunden, Verhaftungen, Haussuchungen, Grenzschikane, Uebergriffe der tschechischen Beamten, Geld- und Freiheitsstrafen kennzeichneten die neue Herrschaft. Bereits am 20. Juni 1920 protestierten in einer Interpellation im Prager Parlament die Abgeordneten Jokl, Heeger und Haas gegen die Gewaltakte im Hultschiner Ländchen. Daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich zum Deutschtum bekannte, zeigt sich bei der am 16. Februar 1921 angeordneten Volkszählung. Tausende von Personen wurden zur nachträglichen Aenderung ihrer Angaben bezüglich ihrer Volkszugehörigkeit gezwungen. Wer sich weigerte, die als deutsch angegebene Nationalität in die tschechoslowakische umzuändern, wurde schwer bestraft. Durch Streichung in den Listen wurde das deutsche Element auf 19,8 Prozent herabgedrückt, um auf diese Weise dem Hultschiner Ländchen die Minderheitenschutzgesetzgebung zu entziehen und die deutsche Amtssprache auszurotten. Am 3. März 1921 brandmarkten die sudetendeutschen Abgeordneten die Vergewaltigung der freien Entschließung und die Fälschung der Zählergebnisse. Erst Mitte des Jahres 1923 wurden zum erstenmal die Gemeindewahlen ausgeschrieben, die am 16. September 1923 trotz der großen Wahlbeeinflussung den deutschen Parteien einen überwältigenden Sieg brachten.

Die Hultschiner, die auch heute noch unter dem politischen Ausnahmezustand leben müssen, führen einen erbitterten Kampf um die politische Gleichberechtigung. In besonders schlimmer Weise wird die Rücknationalisierung von tschechischer Seite auf kulturellem Gebiete betrieben. Die tschechische Regierung stellte sich einfach auf den Standpunkt, daß die Bevölkerung des Hultschiner Ländchens slawischen Blutes sei und daher tschechisiert werden müsse. Sämtliche deutsche Schulen, mit Ausnahme der beiden deutschen Schulen in Zauditz und Throm, wurden geschlossen.

Es ist dringend notwendig, daß Deutschland sich in Genf energisch für die Interessen dieses tapfer für seine deutsche Kultur kämpfende Völkchen einsetzt, es erfüllt damit nur eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit für bewiesenen Heldenmut und unwandelbare Treue.

Reichseinnahmen und -ausgaben.

Der Etat im Monat Februar 1930.

Berlin, 2. April.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Monat Februar 1930. Danach betrugen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen — die Beträge verstehen sich in Millionen Reichsmark — 651,4 Rm., die Ausgaben 884,5 Rm., so daß sich eine Mehrausgabe von 233,1 Rm. ergibt.

Von den Ausgaben entfielen 238,3 Rm. auf Steuerüberweisungen an die Länder, 69,7 Rm. auf Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter), 127,9 Rm. auf Reparationszahlungen zu Lasten des Reichshaushaltes, 23,9 Rm. auf die Sozialversicherung und 101,2 Rm. auf die Arbeitslosenversicherung.

Im außerordentlichen Haushalt betrugen die Einnahmen im Monat Februar 1930 11,0 Rm., die Ausgaben 7,3 Rm., so daß sich im außerordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 3,7 Rm ergibt. Der Stand der schwebenden Schuld hatte am 28. Februar eine Höhe von 1735,9 Reichsmark.

Das unersättliche Frankreich.

London, 1. April.

Garvin unterzieht im „Observer“ im Rahmen einer ausführlichen Würdigung des Verlaufes der Flottenkonferenz die Haltung der Franzosen einer vernichtenden Kritik.

Deutschland sei entwaffnet und die militärische Vorherrschaft Frankreichs erzielt. Großbritannien habe die Locarno-Bürgschaften gegeben, aber all das sei Frankreich nicht genug gewesen. Frankreich habe daneben Militärbündnisse mit Polen und der Kleinen Entente abgeschlossen, die einen Waffenring um Deutschland bildeten.

Auch das genüge den französischen Sicherheitsbedürfnissen noch nicht. Großbritannien habe schließlich noch ein für die Franzosen außerordentlich günstiges Schuldenabkommen abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß die Franzosen nun sehr große Mittel für die Durchführung ihrer Rüstungen besäßen. Das Ergebnis der Politik ständiger Zugeständnisse an Frankreich bestehe darin, daß nun die französische Abordnung weitere Bürgschaften im Atlantik und im Mittelmeer verlange. Die britische Antwort auf diese Forderung könne nur in der Feststellung bestehen: Niemals.

Großbritannien dürfe keinen Mann und keinen Schilling mehr in einem kontinentalen Krieg aufs Spiel setzen, selbst wenn ein solcher Krieg zurzeit in noch so weiter Ferne zu liegen scheine. Nach zehnjährigen Erfahrungen sei Großbritannien mit dieser Politik endgültig fertig.

Garvin verlangt weiter, daß auf der Vollsitzung am kommenden Freitag diese Dinge so klar wie irgend möglich ausgesprochen werden müßten. Es könne nicht länger Verschleierung der bestehenden Tatsachen geben. Je einwandfreier und verständlicher die tatsächliche Lage dargestellt werde, umso besser. Großbritannien könne unter keinen Umständen dulden, daß das von den Franzosen in der internationalen Politik angebahnte System Erfolg habe.

Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Teilweises Inkrafttreten ohne Ratifizierung durch den Sejm.

Warschau, 2. April.

„Expreß Poranny“ erklärt, daß das Inkrafttreten des deutsch-polnischen Handelsvertrages, dem in der Oeffentlichkeit immer größeres Interesse entgegengebracht werde, nicht in seinem vollen Umfange von der Ratifizierung durch den Sejm abhänge. Sehr wesentliche Teile könnten auch ohne Sejm-Ratifizierung auf dem Wege der Verlautbarung durch den Staatspräsidenten Gültigkeit erhalten. Dies betreffe vor allen Dingen die Frage der Kontingentierung, wie beispielsweise die Kohlen- und Schweine-Kontingente aus Polen nach Deutschland und eine Reihe von deutschen Industrieerzeugnissen, die Ausfuhrkontingente nach Polen erhalten haben.

Demgegenüber aber bedürfen gewisse, besonders für Deutschland nicht unwesentliche Teile des Vertrages, wie das Niederlassungsrecht, Zollformalitäten u. a. der unbedingten Ratifizierung durch den Sejm. Im Augenblick sei die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Ratifizierungs-Sitzung des Sejm im Frühjahr noch in völligem Dunkel verborgen. Vielleicht dürfte sich der neue Ministerpräsident in seiner angeblich bevorstehenden Regierungserklärung darüber in irgendeiner Weise näher äußern.

Auffallend ist, daß die Regierungspresse über diese Frage bisher völliges Stillschweigen bewahrt.

---

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So versunken war Marga Reusch auch jetzt beim Spielen in diese sehnsuchtsglühenden Träume, daß sie es ganz überhörte, wie sich in ihrem Rücken die Tür öffnete. Karl Steinsiefen war es, und hinter ihm ward für einen Augenblick auch Hannes Reuschs Kopf sichtbar. Aber nun nickte er dem jüngeren Manne nur noch einmal stumm zu, wie in einem Ermutigen, und verschwand dann.

Allein trat Steinsiefen über die Schwelle und klinkte hinter sich zu. Mit Rücksicht auf die Musizierende so behutsam, daß sie auch jetzt noch nichts vernahm, sondern ruhig weiterspielte. Ohne sich zu rühren, blieb er bei der Tür stehen. Nur in seinen Augen war Bewegung. Die umfingen in heimlichem Aufflammen das schöne Mädchen, das da ahnungslos am Piano saß. Streiften von dem zarten Pfirsichhauch der Wangen mit ihrem brünetten Ton über den feinen Nacken hin, der sich blendend weiß von dem dunklen Haargelod abhob.

Aber plötzlich brach das Spiel jäh ab, und Marga Reusch fuhr herum, wie wenn sie den heißen Blick durch den duftzarten Batist hindurch wahrgenommen hätte. So sah sie Karl Steinsiefen hinter sich stehen. Ganz verwirrt jetzt, wie ein ertappter Schulbube.

„Was machen Sie hier?“

Unwillig herrschte sie ihn an.

„Ich — ich hörte nur zu. Ich wollte nicht stören.“

Es klang demütig. Da schwand der Zorn aus ihren Augen; aber etwas Geringschätziges trat an seine Stelle, wie sie nun erwiderte:

„Ich habe Sie gar nicht eintreten hören.“

Und sie wandte sich wieder ihrem Klavier zu, als wäre er gar nicht da. Aber ihr Spiel war jetzt zerstreut und unlustig. Seine Anwesenheit hatte den Zauberbaum dieser lockenden Weisen gebrochen. Und nun stockten die Töne ganz. Sie blätterte unentschlossen in ihren Noten. Da wagte es Steinsiefen, näherzukommen.

„Was war das doch gleich, was Sie eben spielten?“

„Die neue Revue aus dem Metropoltheater.“

„Ach richtig, ja! Eine famose Musik. Und erst das Stück selbst, die Ausstattung — wirklich erstklassig.“

„Haben Sie es denn gesehen?“

„Natürlich doch! Als ich im April in Berlin war.“

Sie schenkte ihm einen Seitenblick. Halb Ironie, halb Neid.

Dem da war es vergönnt, dort hinzukommen, zu trinken von den Quellen, nach denen sie dürstete! Dem der nichts damit anzufangen wußte — dieser Halbmann ohne jeden Funken von Temperament.

„Sie möchten gern auf Reisen, Fräulein Marga?“

„Damit würde mein Vater wohl sehr einverstanden sein!“

„Ja, — dann freilich!“ Und nach einer Pause wagte er den Scherz, in den er noch einen ernsteren Klang hineinlegte: „So müssen Sie eben schon warten, bis Sie verheiratet sind.“

Aber sie zuckte nur die Schultern — was sollte sie auf einen so geschmacklosen Scherz auch erwidern? — und ihre Hände griffen mechanisch wieder einige Akkorde.

Steinsiefen jedoch ließ nicht ab. Langsam kam er noch näher zu ihr heran.

„Ich würde meine Frau öfter mal mit auf die Reise nehmen, daß sie rauskäme hier aus dem Nest. Es ist ja wahr: Es ist doch ein richtiges Kaff hier — nicht wahr, Fräulein Marga?“

Es kam noch immer keine andere Erwiderung, als nur die leisen, hallenden Akkorde, die ihre weißen Finger dem Instrument entlockten, wie in Gedanken verloren. Da ward er noch kühner und beugte sich zu ihr nieder. Seine Stimme dämpfte sich dabei zu einem vertraulichen Ton.

„Daß Sie das so aushalten können, Fräulein Marga! Sie passen doch gar nicht hierher, in solchen Wirtshausbetrieb! Wirklich — Sie sollten heiraten! Wüßten Sie denn keinen hier — keinen einzigen — mit dem Sie sich das ganz gut vorstellen könnten?“

Sie hörte das Zittern der Erwartung in seiner Stimme, und jetzt traf sie beim Sprechen der heiße Hauch seines Atems am Nacken. Da fand sie auf, so plötzlich, daß er kaum zurückweichen konnte.

„Sie werden doch wohl nicht im Ernst eine Antwort auf diese eigenartige Frage erwarten?“

Groß und mit einem kalten Blick sah sie ihn an: dann verließ sie das Zimmer.

Bestürzt blieb Steinsiefen stehen. Dann begann er nachzudenken. War es denn wirklich so schlimm, was er eben vorgebracht hatte? Er meinte, es doch gerade recht geschickt angefangen zu haben — nicht gleich so mit der Tür ins Haus. Aber freilich, für ihr Empfinden. Und nun begann er sich zu schämen. Still machte auch er sich davon.

Draußen im Flur traf er Hannes Reusch, der offenbar hier auf ihn gewartet hatte und nun vertraulich lächelnd auf ihn zutrat mit einem erwartungsvollen: „Na?“

Doch Steinsiefen antwortete nur durch ein betrübtes Kopfschütteln und ging.

Ein heftiger Aerger stieg da in dem Wirt auf. Mit schnellem Schritt wandte er sich dem Familienzimmer zu und trat dort geräuschvoll bei der Tochter ein.

„Also den Steinsiefen hast du mir auch wieder fortgeschickt! Willst du dir's denn mit Gewalt verderben? Glaubst du, daß jetzt überhaupt noch einer Lust verspüren wird, sich an dich zu machen?“

Marga Reusch zuckte zusammen. Wie plump, dies Wort! Es fiel ihr ebenso auf die Nerven, wie wenn sie den Vater mit dem Messer essen sah. So gab sie gereizt zurück:

„Will ich das denn? In Ruhe sollen sie mich endlich lassen hier — alle miteinander!“

„Damit du als alte Jungfer sitzen bleibst — nicht wahr?“

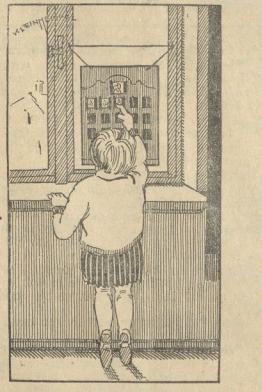
„Zehnmal lieber das, als einen dieser Bauerntölpel heiraten.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300404-16/fragment/page=0001

Alljährlich, wenn der erste Lenzjubel mit den weckenden Winden durch die deutschen Lande geht und es Ostern werden will, pochen nicht wenig Mutterherzen dem Tage bänglich entgegen, an dem es heißt, ihre schulpflichtigen Lieblinge zum ersten Gang in das neue Leben zu geleiten. Aber noch weit mehr Kinderherzen zittern ihm ängstlich entgegen. Wenn man die Kleinen auf diesem, ihrer völligen Freiheit ein Ende setzenden Wege beobachtet, wie sie auf zögernden Füßchen und mit

tränengefüllten Augen, hier und da laut weinend, den Müttern oder anderen Begleitern folgen, können sie einem sehr leid tun. Wer vermöchte es zu ergründen, was dann in den kleinen angstvollen Seelchen vorgeht, welche Vorstellungen sie quälen? Wer weiß es, welche Bilder sich an diesem Tage in sie einprägen, manchmal unauslöschlich, sie durch lange Zeit hindurch bis in ihre Träume hinein verfolgen? Kein Mensch, auch die eigene Mutter nicht, kennt sich voll und ganz in der Psyche eines Kindes aus. Aus diesem Grunde aber hätte jede Mutter die nicht ernst genug zu nehmende Pflicht, ihm den ersten Schulgang als einen wunderschönen Weg erscheinen zu lassen, auf den es sich lange zuvor freut. Daß das sehr wohl möglich ist, sieht man an den mit eilenden Schritten, fröhlichen Augen und lachendem Munde der Schule zustrebenden kleinen Buben und Mädels, die es gar nicht erwarten konnten, bis sie ihr Ranzchen auf den Rücken und die Büchertasche in die Hand nehmen durften. Es ist mehr als töricht von Eltern, größeren Geschwistern und Dienstboten, den schulpflichtig werdenden Kindern bei jeder Gelegenheit die Schule als eine Hölle hinzustellen, in der man vom Lehrer oder der Lehrerin bei jeder Kleinigkeit an den Ohren gezogen, mit dem Lineal auf die Finger geschlagen, in die Ecke gestellt oder gar in eine finstere Kammer mit Ratten und Mäusen eingesperrt wird. Kein Wunder, wenn es dann einem ängstlich oder sensibel veranlagten Kinde vor dem ersten Gange zur Schule graut und es in vielen Fällen nur mit größter Mühe dazu zu bewegen ist. Nie werde ich, ein temperamentvoll veranlagt gewesenes Kind und das vierte in der sechs zählenden Geschwisterreihe, meinen an der Mutter Seite angetretenen ersten Schultag vergessen, in dessen Hintergrund eine gewichtige Zuckerbretzel des Heimtragens



harrte. Die freudige Erwartung, die mein Kinderherz bis zum Rand erfüllte, wirkt noch heute, bis in meine Herbsttage hinein, ihren Schimmer. Mir war die Schule im Elternhause als etwas so wunderschönes Notwendiges hingestellt worden, in dem man allerdings fleißig und aufmerksam sein müsse, um die Zufriedenheit des Lehrers zu wecken und keine Strafe zu erhalten, daß ich gar nicht an der Wahrheit des Gesagten zweifelte. Es ist also nicht nur dem schulpflichtigen Kinde, sondern auch dem Lehrer und der Lehrerin gegenüber unverantwortlich gehandelt, wenn diese Erzieher, deren Amt gewiß nicht leicht ist, als Schreckensgespenster hingestellt werden. Wo sollen da Vertrauen und Respekt herkommen, die doch unbedingt zum gegenseitigen Verstehen und Zueinanderleben notwendig sind? Da wird alle Liebe und Mühe, mit denen die von ganzem Herzen ihrem Beruf ergebenen Erzieher der kleinen Menschenkinder unermüdlich um deren Anhänglichkeit und Respekt werben, vergeblich sein. Von ganz unberechenbaren Folgen ist es, wenn die Eltern ihrer Kinder Klagen über die Lehrerschaft unterstützen, ohne sich erst einmal näher über die Ursache zu unterrichten. In neunundneunzig von hundert Fällen werden die Klagen ohne weiteres unberechtigt, zum allermeisten stark aufgetragen sein. Jedenfalls dürfen die Lehrer und Lehrerinnen vor den Ohren der Kinder nicht herabsetzt werden, wenn sie ihre Autorität nicht einbüßen sollen. Was aber soll aus einem solchen Kinde, was aus seiner Schulzeit werden? Sie wird ihm eine fortgesetzte Quelle der Verbitterung und Unzufriedenheit sein, in der aller Jugendfrohsinn fehlt. In solchen Fällen hilft auch nur ganz selten ein Wechsel der Lehranstalt, sondern nur ein offenes, vertrauensvolles Aussprechen zwischen Eltern und Lehrern. Allen diesen höchst verderblichen Vorkommnissen ist aber von vornherein der Grund und Boden nicht nur nicht geebnet, sondern direkt entzogen, wenn im Elternhause dem schulpflichtig werdenden Kinde der erste Gang zur Schule als der Anfang vieler Freude bringender Tage hingestellt wird, der es ja auch sein kann, wenn die Schüler wollen. Sie davon zu überzeugen, daß die Schule etwas ist, das man nicht nach Belieben besuchen oder vernachlässigen kann, dürfte nicht schwerfallen, sehen doch die Kleinen ihre größeren Kameraden und Kameradinnen jahraus, jahrein denselben Weg gehen. Auch jedes Bemitleiden der schulpflichtig werdenden Kinder ist streng zu vermeiden, wenigstens vor ihren Ohren. Ganz gewiß fällt es den kleinen Schülern im Anfang sehr schwer, längere Zeit hindurch stillsitzen zu müssen; aber das ändert sich bald. Der Unterricht für die Kleinen ist auch heute so abwechslungsreich und beweglich gestaltet, daß es ihnen wirklich nicht schwer zu fallen braucht, die Schule nicht als Gefängnis anzusehen. Deshalb sind die Mitleidsäußerungen der Mütter vor den Kindern gar nicht angebracht. Hat man die Ueberzeugung, daß ein schulpflichtig werdendes Kind den heranreifenden Anforderungen körperlich und geistig noch zu wenig gewachsen ist, so ist es ja möglich, die Schulpflicht hinauszuschieben.

Mit Ostern rückt für viele Eltern die Entscheidung heran, auf welche höhere Schule sie ihr Kind schicken sollen. Ist nur eine Schule in der Nähe, so wird wohl diese gewählt werden; meistens wird es ein Gymnasium sein, denn dies ist immer noch die häufigste Form in kleinen Orten. Alle größeren Städte dagegen pflegen einige Auswahl zu bieten, ja, die Mannigfaltigkeit unserer höheren Schulen ist jetzt so groß, daß selbst viele Fachleute nicht damit Bescheid wissen. Um eine kleine Uebersicht zu geben, wollen wir daran erinnern, daß das alte Gymnasium nach wie vor Latein und Griechisch als Hauptfächer hat. Den Gegensatz bilden die Realschulen, die ganz ohne die alten Sprachen auskommen. Ein Mittelding ist das Realgymnasium, das nur Latein hat. In neuerer Zeit gibt es nun noch eine, wahrscheinlich zukunftsreiche Form, das ist die Aufbauschule, die sich auf die Volksschule „aufbaut" und deren Kursus nur sechs Jahre hat, statt der sonstigen neun. Auch die deutsche Oberschule ist ein neuer Typus, der aber von der Oberrealschule nicht sehr abweicht. Einen wirklichen Fortschritt bilden noch die Reformanstalten. Für Vorzug ist der, daß beim Eintritt des zehnjährigen Kindes in die Sexta nicht sogleich die ganze Schullaufbahn festgelegt ist, sondern daß nach drei Jahren eine Gabelung eintritt. — Wer die Wahl hat, hat die Qual. Wonach entscheiden sich denn nun die Eltern? Das Gymnasium ist die älteste Form; in vielen Familien haben Vater und Großvater ein Gymnasium besucht, was Wunder, wenn der Familienrat beschließt, den Sohn auch dort hinzuschicken. Die Freunde des Gymnasiums meinen, daß die vieljährige Beschäftigung mit den alten Sprachen — neun Jahre Latein, sechs Jahre Griechisch! — eine überaus wohltätige Wirkung auf die ganze Persönlichkeit ausübe. Aehnlich urteilen auch Lehrer, die sowohl an einem Gymnasium wie an einer Realschule unterrichtet haben: die Gymnasiasten sind oft geweckter und reger; ihnen scheinen die abstrakten Dinge, die an unseren Schulen getrieben werden, mehr zu liegen. Aber nicht alle Lehrer sehen die Ursache in der Beschäftigung mit den alten Sprachen. Man bemerkt doch auch den Unterschied in den Familien. Es ist nun einmal so, daß in Deutschland die Familien alter Kultur das Gymnasium bevorzugen. Die Kinder aus diesen Kreisen haben, sei es durch Vererbung oder häuslichen Einfluß, im allgemeinen die größere geistige Beweglichkeit. Was wir soeben andeuteten, das ist nun durch die Statistik unwiderleglich geworden. In einer mitteldeutschen Stadt ist, übrigens für einen anderen Zweck, eine Zählung veranstaltet worden, durch die in der Tat die vermutete soziale Schichtung der Eltern mit aller Deutlichkeit bestätigt wird. Der höhere Beamte, der Arzt und Rechtsanwalt, sie alle schicken ihre Kinder aufs Gymnasium, dagegen der Handel- und Gewerbetreibende, der Handwerker und Arbeiter ziehen die realen Anstalten vor.

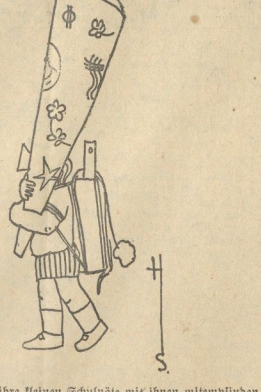
Wer die Welt für verbesserungsbedürftig hält, der fängt am besten bei sich selbst an. Wenn wir meinen, daß es um die erzieherische Wirkung der heutigen Schule schwach bestellt ist, so wissen wir zugleich, daß das Leben außer der Schule, zunächst im Elternhause, um so wichtiger ist. Aber wie soll denn hier erzogen werden? Wenig helfen Ermahnungen, mehr schon das Beispiel der Eltern und Geschwister; am meisten aber wirkt die Art, wie das Kind tatsächlich die Zeit verbringt, ob unter Zwang und Verdrießlichkeit oder mit fröhlichem Tun. Ein alter Spruch sagt ungefähr dasselbe:

Durch Lehre klug von hundert keiner,
Durch Beispiel klug von hundert einer,
Durch Proben klug von hundert zwei,
Durch Schaden klug von hundert drei.

Leider findet man höchst selten Mütter, die auch nur einmal auf den Gedanken kommen, das Kind auf den Schulbeginn vorzubereiten, es sei denn, daß sie es in der falschen Weise tun, mit dem Kinde schon ein Jahr vorher das Einmaleins zu studieren, damit ihr Musterkindlein in der Schule recht bald die anderen Kinder überflügele. Das ist vollkommen unnötig, ja oft geradezu schädlich. Denn ein Kind, das an häusliches Vorarbeiten gewöhnt ist, wird in dem Augenblick nicht mehr vorwärtskommen, wo dieses Vorarbeiten versagt; und einmal wird es ja und muß es ja aufhören.

Mit recht verschieden gearteten Anschauungen, Gefühlen und Wünschen blicken die Eltern, oder wohl richtiger gesagt: die Mütter — denn die Väter geben sich mit so „nichtigen" Dingen nicht ab —, auf den Beginn der Schulzeit. Die einen betrachten die Schule als eine Entlastung ihrer eigenen Mühen, Sorgen und Tätigkeit; sie sagen sich: nun mag der Lehrer sich mit meinem Kind' plagen — nun mag der es erziehen; ich bin es für den größten Teil des Tages los. Dem Himmel sei Dank! Andere Mütter wieder denken: Jetzt geht mein süßes Restküchen in die Schule, nun wird es mir entfremdet. Bisher war ich seine einzige und beste Freundin; jetzt aber lernt es andere Kinder kennen, und der Lehrer oder die Lehrerin, alle nehmen sie nun insgesamt den Platz im Herzen des Kindes ein, den

ich bisher ganz allein ausfüllte. Jetzt bin ich wieder kinderlos. Und dann wieder gibt es Mütter, die sagen sich: Nun muß ich aber tüchtig aufpassen auf meinen Jungen, daß er stets fleißig und bald Erster in der Klasse ist, und muß mit ihm arbeiten, büffeln und ochsen, damit er vorwärtskommt. Und es gibt auch viele andere Mütter, die noch anders denken, aber nur wenige, die das Richtige sagen und denken und wünschen. Diejenigen Mütter, die da glauben, daß der Lehrer ihnen vom Beginn der Schule ab die Pflicht der Erziehung abnehme, fehlen sehr. Im Gegenteil, die Pflichten der Eltern für die Erziehung der Kinder sind, meiner Ansicht nach, zu verdoppeln, denn bisher hatte die Mutter nur auf die Einflüsse zu achten, die auf das Kind im engen Rahmen des Hauses eindrangen, jetzt aber hat sie das Kind vor zahllosen fremden Einwirkungen zu schützen; sie hat die schlechten Zuflüsterungen von Mitschülern wieder wettzumachen. Auf alles dies und noch tausend Dinge mehr hat eine gute Mutter, der die Erziehung ihres Kindes am Herzen liegt, zu achten. Und es haben daher auch jene Mütter unrecht, die da klagen, daß ihnen die Schule ihr Restküchen entreißt und dessen Vertrauen raubt. Im Gegenteil, sie sollen noch mehr das Vertrauen ihrer Kinder behalten und sich zu erhalten suchen, was freilich nicht dadurch geschieht, daß sie die Kinder strafen, wenn sie von dem Lehrer einen Verweis oder eine schlechte Note erhielten, sondern eher dadurch, daß sie liebevoll mit ihren Kindern sind, noch einmal die Leiden und Freuden der Schul-



zeit durchleben, ihre kleinen Schulnöte mit ihnen mitempfinden und alles mit den Kindern liebevoll durchsprechen, was das Herz ihrer Kleinen bewegt. Und vor allem auch haben diejenigen Mütter unrecht, die ihren Ehrgeiz darein setzen, daß ihr Junge der Erste sei. Diese Schulmusterknaben sind nicht immer im Leben Musterexemplaren geworden und ich brauche hier nicht die zahllosen Genies anzuführen, die es in allen Ländern gab: hervorragende Männer und Frauen aus allen Berufssphären, die in ihrer Schulzeit nicht ihre glänzende Zukunft verrieten. Denn die hervorragende Schulbegabung ist oft nur das Resultat eines guten Gedächtnisses und hat mit der Entwicklung des Verstandes und Geistes des Kindes nichts zu tun.

Sämtliche Schulartikel u. Schulbücher empfiehlt **W. Scharf**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300404-16/fragment/page=0002

A 1 Universitätsbiblioth

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 40 — Donnerstag, den 3. April 1930 — 43. Jahrgang

Das Programm?

Eine Erklärung in 12 Minuten.

Berlin, 2. April.

Die Rede, mit der der neue Reichskanzler Dr. Brüning sich und sein Kabinett im Reichstag vorgestellt hat, dauerte nur 12 Minuten.

Er gliederte seine kurzen Ausführungen nach Außenpolitik und Innenpolitik.

Was er über den außenpolitischen Kurs der neuen Regierung sagte, war der vollständigere und infolgedessen auch befriedigendere Teil seiner Rede.

Seine Ausführungen waren der Beweis dafür, daß sich in dem neuen Kabinett die Meinung des Reichsaußenministers Curtius durchgesetzt hat.

Die Worte des Reichskanzlers über die bevorstehende Befreiung der Rheinlande und über die Aufgabe der Rückgliederung des Saargebiets in das Reich fanden starke Zustimmung im Hause. Den Uebergang zu den Fragen der Innenpolitik knüpfte der neue Reichskanzler an

die Mahnung, die der Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat,

an den Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für die innere Gesundung. Die Ziele dieses Aufrufs nimmt die neue Regierung als ihre Ziele. Daß die neue Regierung

das Finanzprogramm

übernehmen will, das Reichsfinanzminister Moldenhauer dem alten Kabinett unterbreitet hatte und das noch unmittelbar vor der Krise die Grundlage eines letzten Einigungsversuches gebildet hatte wird Befriedigung auslösen, und das Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer wirksamen Sozialpolitik fehlte gleichfalls nicht. Ueber ihre Einzelheiten aber fehlte die Auskunft, die

Ankündigung eingehender Sparvorschläge

war gleichfalls sehr kurz. In der weiteren Aufzählung der Programmpunkte passierte auch

die Vereinfachung der Verwaltung

und dann kam die Programmerklärung zu ihrem innerpolitischen Hauptpunkt, zu der Fürsorge für die Landwirtschaft. Daß das neue Agrarprogramm über das des früheren Reichsernährungsministers Dietrich hinausgehen soll, war vorauszusehen.

Es bedarf aber dringend der Erläuterung im einzelnen.

Auch die Ankündigung des Ostprogramms kam über die Schlagworte Umschuldung und Lastensenkung kaum hinaus.

Diese programmatischen Teile der Regierungserklärung hat Dr. Brüning in einen schmalen Rahmen eingekleidet, einen Auftakt und einen Abklang, die auf den gleichen Ton gestimmt waren. Daß schnelle und entschlossene Arbeit nötig ist, weiß jeder, der im politischen Leben steht und wird deshalb, soweit er es nur irgend verantworten kann,

Beschleunigung und Entschiedenheit der erforderlichen Maßnahmen befürworten und unterstützen.

Der neue Reichskanzler erklärte dem Parlament, daß es sich jetzt um den letzten Versuch handele, die Lösung der lebensnotwendigen Aufgaben mit diesem Reichstag durchzuführen und er schloß mit der Mahnung, daß das Werk keinen Verzug vertrage und parteipolitische Erwägungen in dieser Stunde in den Hintergrund zu treten hätten.

Das Barometer steht auf Kampf, und die nächsten Tage werden zu zeigen haben, ob das Kabinett in offener Feldschlacht sein noch näher zu erläuterndes Programm durchzusechten vermag. Die Fraktionen bereiten ihre Stellungnahme für die Aussprache vor, und man hat aus ihrer Haltung während der Programmrede des Reichskanzlers bereits gewisse Eindrücke gewinnen können. Der Widerstand der Sozialdemokraten steht außer Frage, und sie werden ihr Mißtrauensvotum mit allem Nachdruck unterstützen. Zweifelhaft bleibt noch die Haltung der Deutschnationalen. Von ihnen wird es abhängen, ob dem neuen Kabinett eine längere Arbeitsmöglichkeit gegeben werden wird.

Regierung vor dem Reichstag.

Mißtrauensantrag der Kommunisten.

Berlin, 2. April.

Haus und Tribünen sind stark besetzt. In der Diplomatenlage haben zahlreiche Vertreter auswärtiger Mächte Platz genommen. Am Regierungstisch erscheinen der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des neuen Reichskabinetts.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 4 Uhr und teilt mit, daß die Abgeordneten Dr. Wunderlich (D. Vp.) und Schiele (dnatl.) ihre Reichstagsmandate niedergelegt haben. Der Präsident gibt weiter die neue Ministerliste bekannt.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Brüning erhält sofort das Wort. Er wird von den Kommunisten mit dem Zuruf: „Hungerkanzler!" empfangen. Der Reichskanzler dankt zunächst dem scheidenden Reichskanzler Müller für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit. Das neue Reichskabinett sei an keine Koalition gebunden. Es ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Die Stunde fordert schnelles Handeln. Daher erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen.

Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Loyale Durchführung der internationalen Vereinbarungen, Klärung und weiterer Ausbau unseres Verhältnisses zu allen Staaten, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, das sind die Grundlagen dieser Außenpolitik. Endziel ist und bleibt ein wirtschaftlich gesundes, politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann. (Beifall.)

Besonders herzlich gedenkt die Reichsregierung in dieser Stunde der Rheinlande, deren endliche

Befreiung von der Besetzung

unmittelbar bevorsteht. (Erneuter Beifall.) Auch die alsbaldige

Rückgliederung des Saargebiets

wird tatkräftig gefördert werden. Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diese Strömungen müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden.

Mit diesem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung des Reichspräsidenten zur nationalen Einigung auf.

(Beifall.) Erbitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das Werk der Versöhnung in Angriff nehmen.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Kassenlage,

sowie die Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage müssen sofort durchgeführt werden. Ohne eine solche Ordnung fehlt die Gewähr für die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft und die Milderung der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsregierung übernimmt den vom Reichsfinanzminister aufgestellten Haushaltsplan für 1930 samt dem Deckungsprogramm.

Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Festlegung der Steuersenkung und der Ausgabenersparnis ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorgelegt werden.

Diese Sparmaßnahmen

sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. (Lachen bei den Kommunisten und Rufe: Aprilscherz! — Zwei kommunistische Abgeordnete erhalten Ordnungsrufe.) Sie haben lediglich den Zweck, zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität und zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. (Beifall.) Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern.

Die Weiterverfolgung der Sozialpolitik

wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswerk unserer in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich.

Die Agrarkrise

hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen.

Sie scheut dabei angesichts der ernsten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück.

Mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetze ist begonnen. Daneben ist eine durchgreifende und umfassende Osthilfe notwendig. Zur Deckung der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage unterbreiten.

Gesundung der östlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens.

Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein sichert die Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien. Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Von den Kommunisten ist bereits ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eingegangen.

Der Beginn der Aussprache wird auf Mittwoch 12 Uhr festgesetzt.

Die Abstimmungen im Reichstag.

Berlin, 2. April. Die einzelnen Fraktionen des Reichstages werden in der Aussprache nur kurze Erklärungen abgeben. Die Aussprache soll nach Möglichkeit in der einen Sitzung zu Ende geführt werden. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge finden auf jeden Fall erst am Donnerstag statt. Die Zentrums-Fraktion trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler Dr. Brüning über den Verlauf seiner Bemühungen zur Regierungsbildung Bericht erstattete. Im Auftrage der Fraktion sprach der stellvertretende Vorsitzende Esser dem neuen Kanzler die Glückwünsche der Fraktion aus und gelobte ihm die Gefolgschaft der Fraktion.

Zur Vorgeschichte der Regierungskrise

Moldenhauer an Borsig.

Berlin, 2. April.

Der „Vorwärts" veröffentlichte einen namens der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von Herrn von Borsig Anfang März an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gerichteten Brief, in dem der ablehnende Standpunkt des Arbeitgeberverbandes zur Frage der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 1 v. H. ausführlich dargelegt wird. In dem Brief heißt es u. a.:

Die Arbeitgeberseite müsse eine Mitbeteiligung an den Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage umsomehr ablehnen, als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringe, daß infolge des Nichtzustandekommens einer Einigung dem Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhungen zu beschließen gedenke. Die Arbeitgeberseite des Vorstandes habe sich bereits ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurses in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik die Uebernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden könne.

Zu diesem Brief, der im „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Borsig stürzte Müller-Wissell" veröffentlicht worden ist, wird von zuständiger Stelle folgende Erklärung veröffentlicht: Der Reichsminister der Finanzen Prof. Dr. Moldenhauer hat den aufgeführten Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 6. März d. J. erst am 8. März erhalten, nachdem in der Kabinettssitzung vom 5. März bereits die Entscheidung über die Vorlage an den Reichsrat gefallen war. Er hat den Brief als durch die Kabinettsentscheidung erledigt angesehen und zu den Akten schreiben lassen.

die Arbeitslosen-
nisser auf Grund
rat hat vertreten
den Verhandlun-
der Regierungs-
hat er gar nicht
ungen, die später
rung vertretenen
n. Erst in der
kompromiß Brü-
ließlich mit dem
Einigung unter
atsächlichen Jest-
r Brief der Ver-
ohne jeden Ein-
er Finanzen ge-

Landt

ungsprivi

erlin, 1. April.

neue preußische
Ausprache über
einer längeren
lerenz des Staa-
Richtungen ihre
, die den demo-
eranz unterhöhle

Erkenntnis er-
ziehen, daß politische Erziehung nicht parteipolitische Festlegung bedeute. Die Toleranz, die der am Staate Mitarbeitende üben müsse, werde seine Haltung gegenüber der religiösen und weltanschaulichen Seite unseres Schulkampfes bestimmen, und zwar sowohl gegenüber den Konfessionals als auch gegenüber den nichtkonfessionellen Kreisen.

Der Minister äußerte sich dann zu den Problemen des Berechtigungswesens und des Bildungsprivilegs. Die Frage des Berechtigungswesens müsse schnellstens in Angriff genommen werden, doch dürfe man nicht vergessen, daß Berechtigungen die natürlichen Sicherungsvorkehrungen gegen die Ausübung bestimmter Tätigkeiten durch ungeeignete Menschen seien.

Es sollte aber allgemein mehr auf die Persönlichkeit und nicht nur auf den Vorbildungsweg gesehen werden. Wer so handele, werde die heutige Entwertung der Volksschule nicht mitmachen.

Ohne gleiche Möglichkeiten für alle, zu Bildungsgütern und damit zu Berechtigungen zu gelangen, verdiene ein Staat nicht den Namen einer Demokratie. Es würde einen Verrat an den nicht besitzenden Volksschichten bedeuten, wenn man

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300404-16/fragment/page=0003